Namslauer Stadtblatt.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden.

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet in der Geschäftsstelle bezw. durch unsere Zweigstellen 3,25 M., ins Haus geliefert 3,55 M., durch die Post bezogen mit Antrag 3,69 M. vierteljährlich. Einzelne Nummer 15 Pf. Offerten- und Auskunftsgebühr 35 Pfg.
Gerichts- und Erfüllungsort Namslau. — Bei Zahlungseinstellung bezw. gerichtlicher Betreibung gilt jeder Nachlaß als aufgehoben.

Anzeigen-Preise:
Für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 35 Pfg., für Auswärtige 50 Pfg., im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die 31spaltige Petitzeile 60 Pf. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vorm. vor dem Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor. — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.
Beilagegebühr nach Vereinbarung.

47. Jahrgang. **Mit der Beilage amtliches „Namslauer Kreisblatt."** Fernsprecher 224.

Nr. 102. | Verantwortlich für die Schriftleitung: Karl Opitz, Namslau. | Namslau, Dienstag, den 2. September | Druck, Verlag und Expedition: Oskar Opitz, Namslau. | 1919.

Der Friede von St. Germain.

Deutsche Wirtschafts- und Kultursorgen.

Von einem deusch-österreichischen Politiker.

Wtb. Wien, 29. August. (Korr.-Büro.) Nach Mitteilungen aus St. Germain dürfte die Festsetzung der Friedensbedingungen für Oesterreich in den allernächsten Tagen erfolgen. Staatskanzler Renner wird sich Montag, falls die Drucklegung bis dahin beendigt wird, oder mit dem nächsten Verbandszuge nach Wien begeben.

Nach dem Pariser diplomatischen Lagebericht ist als Unterzeichnungstermin der 5. oder 6. September zu erwarten. Clemenceaus Blatt „Homme Libre" sagt u. a., die Grundsätze, auf denen der Friedensvertrag aufgebaut sei, würden nicht geändert werden. Deutsch-Oesterreich als Erbe der Habsburger Monarchie bleibe für den Krieg verantwortlich, müsse also auch alle Verantwortlichkeit tragen. Nach „Echo de Paris" wird der Vertrag keinen Passus enthalten, der die Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland verbietet, doch bestehe die Absicht, im Begleitschreiben des Friedensvertrages die Grundsätze der österreichischen Politik, wie sie die Verbündeten aufgefaßt wissen wollen, festzulegen.

Das zweite Glied der Kette, die von den Machthabern der Welt um Mitteleuropa geschlungen wird, um es in wirtschaftliche und damit politische Knechtschaft zu zwingen, ward geschlossen. In St. Germain ist die Uebergabe der endgültigen Friedensbedingungen an die Vertreter der „österreichischen Republik" erfolgt (der Name „Deutsch-Oesterreich" ist verpönt). Und es ist außer jedem Zweifel, daß die Bedingungen angenommen werden. Nicht bloß in Deutschland fallen Minister und Parlamentarier um, wenn an die Stelle des Bluffens der Ernst der Stunde tritt . . .

„Was geht's uns an? Mit dem Anschluß an Deutschland sei es doch nichts — da mögen die Oesterreicher sehen, wie sie fertig werden. Uns hat auch keiner geholfen." Die so sprechen — und ihre Zahl ist nicht klein —, sind politisch kurzsichtig. Mag's auch staatenpolitisch den nichts angehen, der aus Ueberzeugung gegen den Anschluß ist oder sich dem Machtspruch des Verbandes als etwas Unabänderliches beugt. Aber kulturpolitisch betrachtet, ist der Friede von St. Germain unsere allereigenste Angelegenheit. Freilich, fürs Kulturpolitische fehlt dem Deutschen im allgemeinen der Blick. Nicht einmal wirtschaftspolitisch zu denken hat er gelernt; das Wesen der „friedlichen Durchdringung" — die der Engländer ausübte, lange bevor der Franzose das Wort dafür fand —, ist ihm fremd geblieben. Und doch ist die Farbe der Landkarte noch nicht das allein Entscheidende!

So betrachtet, ist Deutsch-Oesterreich noch verhältnismäßig gut davongekommen. Das geschlossene deutsche Sprachgebiet: Ober- und Nieder-Oesterreich, Salzburg, die deutschsprechenden Teile von Steiermark und Kärnten und wenigstens Nordtirol bleiben im wesentlichen unangetastet; über das Becken von Klagenfurt soll eine Volksabstimmung entscheiden; aber Deutschsüdtirol geht verloren, wofür die Italiener strategische Gründe anzuführen wußten. Als Pflaster auf diese Wunde sind die deutschen Komitate Westungarns Deutsch-Oesterreich zugesprochen worden. Freilich bleibt die durch nichts zu rechtfertigende Vergewaltigung bestehen, daß in Böhmen, Mähren und Schlesien 5 Millionen Deutsche in einem festgeschlossenen deutschen Sprach- und Siedlungsgebiet dem tschechischen Joch unterworfen werden.

Aber was nützt die politische Unversehrtheit Deutsch-Oesterreichs, wenn es wirtschaftlich nicht lebensfähig ist! Seine führenden Staatsmänner haben das von Anfang an betont und deshalb sofort Anschluß gesucht — zunächst an Deutschland. Otto Bauer sowohl wie Ludo Hartmann hatten sich auf Großdeutschland festgelegt und sind zurückgetreten, als der Verband sein Veto einlegte; der vielgewandte Dr. Renner dagegen schwenkte auf Frankreichs leisen Wink sofort ab und suchte Anschluß an den Wirtschaftskreis des Verbandes — sei es direkt, sei es auf dem Umwege über einen Donaubund. Das bedeutet für uns den Verlust der erhofften und auch von Italien angesichts des starken Warenverkehrs gewünschten direkten Grenze zwischen Deutschland und Italien. Bedeutet aber auch engste Umklammerung durch einen Ring uns zum mindesten nicht freundlicher Zollgebiete von Westen über Süden und Südosten bis nach Osten. Wie stark übrigens die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutsch-Oesterreichs vom Verbande ist, haben die Lebensmittelsendungen (vor allem Italiens und Amerikas) gezeigt, ohne die Wien verhungert wäre. Und neuerdings hat Deutsch-Oesterreich dem Verbande als Sicherheit für die gelieferten Nahrungsmittel und Rohstoffe, deren Wert etwa 9 Millionen Pfund Sterling beträgt, alles Gold, alle ausländischen Effekten, alles Zimmerholz, alle Salzbergwerke und schließlich auch alle öffentlichen Betriebe aller großen Städte, darunter auch Wiens, „verpfänden" müssen (britischer Schatzkanzler Chamberlain im englischen Unterhause am 11. August 1919).

Hat Deutschland ein Verständnis dafür, was das bedeutet? Nichts weniger als die wirtschaftliche Ablehr Deutsch-Oesterreichs! Hatte der Friede von Versailles die sich anbahnende politische Gemeinschaft zwischen dem Deutschen Reiche und Deutsch-Oesterreich zerrissen — der Friede von St. Germain zerreißt auch die kulturelle Gemeinschaft. Er bedeutet nichts mehr und nichts weniger als einen Wendepunkt in der Geschichte des Germanentums. Denn auf die wirtschaftliche Schwenkung folgt notgedrungen immer die kulturelle. Nicht heute, nicht morgen bemerkbar, aber sie kommt, langsam, unaufhaltsam, an tausend Zeichen erkennbar. Romanentum und — vor allem — Slawentum: Franzosen und Italiener, Polen, Tschechen, Südslawen, Rumänen — sie werden Deutschlands kulturelle Nachfolge antreten!

*

Soweit die Zuschrift unseres Mitarbeiters. Allein wir dürfen uns im Reiche nicht einer Verzweiflungs- und Gleichgültigkeitstaktik überlassen. Es ist zwar die Absicht des Vielverbandes, die Glieder Deutschlands möglichst absterben zu lassen. Das soll im Osten, das soll in Böhmen, das soll in Deutsch-Oesterreich geschehen. Allein nichts hindert uns, die geistigen und kulturellen Zusammenhänge stärker als je zu betonen. Die Anziehungskraft liegt in dem, was das neue Deutschland ist und wird, was es seinen jetzt getrennten Gliedern wird bieten können. Das ist freilich im Augenblick herzlich wenig. Aber das wird und muß sich ändern in dem Maße, wie sich unsere inneren Zustände allmählich durch Arbeit und Ordnung wieder befestigen. Wir werden das Reich nicht von der Unabhängigen und Kommunisten und von anderen Beutepolitikern zugrunde richten lassen. Nicht die unmittelbare Gegenwart entscheidet, sondern das, was wir an lebendigen Kräften aus uns entwickeln. Es steht bei uns, die Achtung der Welt, die wir durch unsere Schwäche und Zerrissenheit verloren haben, wiederzugewinnen.

Die Klippen für das Betriebsrätegesetz.

Alle Parteien haben in der Nationalversammlung anerkannt, daß zur Herstellung des wirtschaftlichen Friedens und zur stärksten Förderung der Arbeitsleistungen in Deutschland eine Umlernung im Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern notwendig ist. Die entsprechende Haltung der Nationalversammlung ist auch grundsätzlich in dem Artikel 165 der Reichsverfassung zum Ausdrucke gekommen, und auch die beiden rechtsstehenden Parteien, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei erkennen an, daß Arbeiter und Angestellte in gleichberechtigter Gemeinschaft mit den Unternehmern bei der Regelung der Lohn- und Arbeiterbedingungen und der wirtschaftlichen Entwickelung der Produktion mitwirken sollen. Vor allen Dingen will aber auch die Deutsche Demokratische Volkspartei in dem Verhältnisse der Arbeitgeber zu den Arbeitnehmern die Betriebsrätefrage sachlich behandeln, die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Unternehmer aufrecht erhalten und den Arbeitnehmern mehr Anerkennung sichern. So mußte denn, um die Frage der Betriebsräte zu regeln, der Entwurf eines Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung eingebracht werden. Es ist dies geschehen, aber aus sehr vielen Gründen ist zu bezweifeln, daß dadurch die Betriebsratsfrage wirklich gedeihlich gelöst wird. Zunächst ist an dem Entwurf zu tadeln, daß er zu sehr auf die Verhältnisse in der Großindustrie zugeschnitten ist, und daß er auf die Bedürfnisse in der kleinen Industrie, im Gewerbe, im Handwerk und dann auch im Handel und in der Landwirtschaft viel zu wenig Rücksicht nimmt. Auf keinen Fall darf auch durch das Betriebsrätegesetz die persönliche Bedeutung der Unternehmer und der führenden Angestellten oder Arbeiter in einem Unternehmen herabgedrückt und alles nach der Schablone zu regeln gesucht werden, denn dadurch würde Unzufriedenheit und Minderleistung hervorgerufen und der Betriebsrat zu einer Last und zu einem Uebel werden. Nun soll nach dem Gesetzentwurfe allerdings die Betriebsversammlung jede Zeit das Recht haben, den Betriebsrat zu beseitigen. Sind sachliche und wirtschaftliche Gründe für diesen Beschluß vorhanden, so ist er natürlich sehr berechtigt. Dabei können aber auch politische Ränke und ehrgeizige Bestrebungen die Hauptrolle spielen und fortgesetzt neue Betriebsratswahlen vorgenommen werden, um die Agitation in Fluß zu halten und den Arbeitgebern die Betriebsräte zu verkeeln. Fortgesetzte Betriebsratswahlen und ständig wieder abgesetzte Betriebsräte können doch ein Unternehmen nur zu Grunde richten. Auch muß bei der Beurteilung und Fertigstellung des Betriebsratsgesetzes doch vor allen Dingen auch mit der Tatsache gerechnet werden, daß die revolutionären Betriebsräte in Deutschland noch bestehen und daß sie auf das Betriebsratsgesetz pfeifen wollen. Die Reichskonferenz der Betriebsräte Deutschlands, die in Halle tagte, hat an die Arbeiter und Angestellten einen Aufruf gerichtet, nach welchem jedes Eingehen auf das jetzt vorliegende Gesetz über die Betriebsräte abgelehnt und darauf hingewiesen wird, daß das Gesetz durch die bereits bestehenden Einrichtungen von Betriebsräten in den einzelnen Betrieben unnötig geworden ist. Entschlossen soll die Abwehr gegen das Betriebsratsgesetz der Regierung organisiert und den Massenkampf für den einheitlichen und selbständigen Aufbau des Rätesystems vorbereitet werden. Für das Betriebsrätegesetz bestehen also nicht nur die sachlichen Bedenken, sondern es ist gegen dasselbe auch die neue Revolution der Kommunisten und der Unabhängigen Sozialisten tätig.

Weder Umtausch noch Abstempelung.

Erhöhung des Markkurses.

WTB. Berlin. Zu der Frage des Notenumtausches gibt das Reichsfinanzministerium amtlich bekannt:

Ueber die Durchführung des Gesetzes gegen die Kapitalflucht haben in den letzten Tagen Besprechungen mit einem großen Teil von Sachverständigen stattgefunden. Nach dem Ergebnis dieser Beratungen beabsichtigt der Reichsminister der Finanzen nicht, den Umtausch des deutschen Papiergeldes vorzuschreiben. Eine Abstempelung der Banknoten usw. ist überhaupt nie in Frage gekommen.

Tu. Haag, 27. August. Der Stand der deutschen Währung ist außerordentlich fest. Die Notierungen erhöhen sich sprunghaft um 2 Gulden und, wie es heißt, infolge von Rückkäufen und Deckungskäufen auf die Meldung hin, daß der Umtausch der Banknoten nicht Tatsache werden soll. Große Käufe werden auch dauernd von amerikanischer Seite vorgenommen und gehen in die Millionen. Die Auslegung der Frankfurter Stadtanleihe mag mit zur Erhöhung des Markkurses beigetragen haben.

*

Ob der Umtausch des deutschen Papiergeldes in neue Scheine oder ob die Abstempelung der Banknoten durchführbar sei als ein Glied der Maßregeln, die zur Verhinderung der Kapitalflucht durchgeführt werden müssen, das war eine Streitfrage zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Bankfachmänner. Bekannt ist, daß sich die Vertreter des Bankwesens, an ihrer Spitze der Reichsbankpräsident, mit aller Entschiedenheit gegen die obenerwähnten Maßnahmen ausgesprochen haben. Aber ausschlaggebender als die Einwendungen der Bankfachleute ist augenscheinlich das ungeheure Sinken des Markkurses an den neutralen Börsen gewesen. Wenn das so weiter ging, mußte mit mathematischer Sicherheit der Zeitpunkt eintreten, wo unsere Mark im Auslande überhaupt nichts mehr galt, und dann hätten wir weder Lebensmittel noch Rohstoffe kaufen können, unser Ruin wäre also vollkommen gewesen. Das Ausland drohte uns mit Kündigung des Kredites und mit sonstigen uns schädigenden Finanzmaßnahmen — kurzum, Notenumtausch und Abstempelung der Banknoten erwiesen sich als undurchführbar gegenüber dem Widerstande unserer Gläubiger. Ein neuer Beweis dafür, in welch schwere finanzielle Abhängigkeit vom Auslande wir geraten sind. Der unbestrittene Zusammenhang zwischen dem Kurssturz der deutschen Währung und den Plänen, die man der Reichsregierung bezüglich der deutschen Banknoten zuschrieb, wird aufs neue klargestellt durch die Tatsache, daß in dem Augenblick, wo die Reichsfinanzverwaltung Klarheit über ihre Absichten schaffte, der Kurs der deutschen Währung seine Abwärtsbewegung nicht nur aufgab, sondern sofort zu steigen begann.

Die Verkehrslage und Kohlennot.

Akkordarbeit als Rettung.

Eine offiziöse Auslassung der „P. P. N." beschäftigt sich mit der Frage, ob die Eisenbahn in der Lage gewesen ist, die Kohlenvorräte, die bei den Zechen auf den Halden lagern, in gleichem Maße abzuholen, wie die Förderung sich ergänzt. Für das Ruhrkohlengebiet wird die Frage an der Hand ausreichender Belege bejaht. Dagegen äußert sich die offiziöse Auslassung über die Transportlage für oberschlesische Kohle folgendermaßen:

In Oberschlesien liegen die Verhältnisse anders. Hier ist die Eisenbahn zurzeit nicht imstande, die Förderung abzufahren. Infolgedessen sind die Haldenbestände dort Anfang August auf 560 000 Tonnen gegen 259 000 Tonnen Ende Juni gestiegen. Im Laufe der letzten Woche wird sich die Menge der Haldenbestände infolge des Bergarbeiterstreiks vermutlich wesentlich verringert haben. Der Grund für die Minderleistung der Eisenbahnen in Oberschlesien ist einmal darin zu suchen, daß die Zufahrt- und Abfuhrwege zum Kohlenrevier infolge der politisch-geographischen Verhältnisse sich schwierig gestaltet haben und die Betriebsleistungen herabdrücken. Sodann macht sich in Ober-

schlesien in besonderem Maße die ungünstige Betriebslage der Eisenbahn geltend. Die Ursachen dieser ungünstigen Betriebslage liegen einmal in Personalschwierigkeiten, die mit der Einführung des Achtstundentages im Verkehrsgewerbe zusammenhängen und eine erheblich schlechtere Ausnutzung der Maschinenkräfte mit sich bringen. Vor allem aber ist der Mangel an betriebsfähigen Lokomotiven daran schuld. Dieser Mangel wird sich nur beheben lassen, wenn es gelingt, die Arbeitsleistungen der Eisenbahnwerkstätten erheblich zu bessern. Alle Versuche und alle Ermahnungen, dieses Ziel zu erreichen, sind bisher fehlgeschlagen. Eine Besserung ist, wie von einem wachsenden Teil der Arbeiterschaft und der Presse anerkannt wird, lediglich zu erzielen, wenn der Lohn im Verhältnis zur geleisteten Arbeit gebracht und es zugleich dem fleißigen Arbeiter ermöglicht wird, seinen Verdienst seinem Willen und seiner Geschicklichkeit entsprechend zu steigern.

Hierzu bemerkt der „Vorwärts" u. a.:

Unsere Behauptung, daß in Oberschlesien die Kohle nicht genügend abtransportiert wird, wird zugegeben. Leider wird nicht gesagt, mit welchen Mitteln man der Kalamität steuern wird. Tatsache ist noch immer, daß die Oderschiffahrt zum Abtransport der Kohlen nicht ausgenutzt wird. Tatsache bleibt, daß die Förderung doch noch erheblich gesteigert werden könnte, wenn der Abtransport reibungslos vor sich gehen würde. Darum bleibt auch unsere Forderung bestehen, daß durch rasche, tatkräftige Maßnahmen der Abtransport der oberschlesischen Kohlen mit allen Mitteln gefördert werden muß. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß uns die Regierung bald etwas darüber zu berichten haben wird. Dann wird sie es auch uns leichter machen, der tatsächlich bestehenden Kohlennot durch eine wirksame Propaganda der Arbeit steuern zu helfen.

Die Kohlenversorgung der Staatseisenbahn.

An zuständiger Stelle erfahren die „P. P. N." hierzu noch:

In den lebhaften Preßerörterungen über Kohlennot und Verkehrsschwierigkeiten wird viel zu wenig berücksichtigt, daß ein wirtschaftlicher Eisenbahnbetrieb einen größeren Kohlenvorrat voraussetzt. Soll die Eisenbahnverwaltung sicher disponieren können, so muß sie mindestens für 3 Wochen über genügend Kohle verfügen: sinkt ihre Versorgung mit Dienstkohle erheblich darunter, dann ist die Verwaltung genötigt, den knappen Bestand hin und her zu werfen, wo gerade die Not am größten ist. Sie verbraucht also, je geringer sie mit Kohle versorgt ist, umsomehr Lokomotivkraft zu solchen unproduktiven Leistungen, um die regellos verteilten Restbestände herauszuschleppen.

In der letzten Zeit ist der Vorrat an Dienstkohle, über den die Eisenbahnverwaltung verfügt, geradezu beängstigend zusammengeschmolzen und hat einen Tiefstand erreicht, der einen geregelten Betrieb kaum zuläßt. Im Durchschnitt aller Direktionsbezirke war die Eisenbahn am 25. August für 9 Tage mit Kohle versorgt. Während die Bestände in den westlichen Direktionen 11,1 Tagesbedarf ausmachten, war der Osten noch schlechter, nämlich nur 5,7 Tage im Durchschnitt versehen. Bei einzelnen Direktionen reichte der Bestand sogar nur für 3—4 Tage. Von irgend einer Bevorratung für den zu erwartenden Herbstverkehr oder gar für den Winter kann hiernach keine Rede sein.

Die Rundreise des Reichspräsidenten.

Wtb. Karlsruhe, 29. August. In der heute Vormittag anläßlich der Anwesenheit des Reichspräsidenten und des Reichswehrministers stattgehabten Sitzung trat Reichspräsident Ebert der in einigen Kriegsgefangenenlagern zutage getretenen Meinung entgegen, die deutsche Regierung habe sich für die Heimbringung der Kriegsgefangenen nicht energisch genug eingesetzt. Zur Kohlenfrage bemerkte er, daß diese auch zur Transportfrage geworden sei. Die Arbeitsleistungen in den Betrieben und Werkstätten seien derart gesunken, daß die Fertigstellung weit hinter den Bedürfnissen zurückstehe. Reichswehrminister Noske sprach über die kommunistische und bolschewistische Bewegung.

Um 1 Uhr mittags fand ein Mittagsmahl statt, zu dem außer den geladenen Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden auch der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, und Hans Thoma erschienen waren. Staatspräsident Geiß gab der Versicherung Ausdruck, daß Badens Land und Regierung wie bisher, so auch in Zukunft voll Vertrauen fest und treu zum Reiche stehen würde. Reichspräsident Ebert dankte für die freundlichen Begrüßungsworte und beklagte besonders den Bruderkrieg im Innern. Vor allem müsse man wegen der Kohlen- und Transportfrage an die Bergarbeiter und an die Beamtenschaft und Angestellten appellieren. Die Not der Zeit gebiete, uns im Reiche fester zusammenzuschließen als früher. Gerade in den Grenzländern sei manchmal der Reichsgedanke in den letzten Monaten sehr stark erschüttert worden.

Um 4 Uhr nachmittags empfing Reichspräsident Ebert die Vertreter der Presse. Um 5 Uhr reisten die Gäste nach Baden-Baden.

Eine Ansprache Hindenburgs.

Hannover, 31. August. Anläßlich des fünfjährigen Jahrestages der Schlacht von Tannenberg brachten am Freitag nachmittag die Schüler der Hannoverschen Schulen dem Feldmarschall von Hindenburg eine Huldigung dar. Auf eine Ansprache erwiderte der Feldmarschall u. a.:

Herzlichen Dank für die Worte, die Sie an mich gerichtet haben. Sie kommen von Herzen und sind zu Herzen gegangen. Wenn es mir gelungen ist, heute vor fünf Jahren einen glänzenden Sieg zu erringen, so führe ich dieses auf Gottes Fügung zurück und auf den Geist der mir anvertrauten Truppen. Dieser Geist darf uns nicht verloren gehen. Wenn auch jetzt für uns traurige Zeiten angebrochen sind, wir dürfen den Mut nicht sinken lassen. Wir dürfen nicht zu Parias der Gesellschaft, zu Heloten unserer Feinde werden. Wir müssen wieder werden, was wir damals waren, als in Versailles das neue deutsche Reich gegründet wurde, wobei ich mich unter denen befand, die das erste Hoch auf den Kaiser ausbringen konnten. Der Geist dieser großen Zeit darf uns nicht verloren gehen in dieser schweren, falschen Zeit. Dafür hat die kommende Jugend zu sorgen, und der Geist, der aus ihrem Herzen spricht, gibt mir die Gewähr dafür, daß die Zeit wiederkommen wird, wenn ich es auch nicht erleben werde. Ich muß unser deutsches Vaterland von dort oben wiedersehen, frei von Gemeinheit, Falschheit und Unwürde. Unser deutsches Vaterland lebe hoch!

Das Verhalten der Verbandskommission.

Ausschließung der Deutschen von den Verhandlungen in Oberschlesien.

Breslau, 29. August. Die Polenführer aus verschiedenen Orten des Industriebezirks haben zusammen mit Polen aller Bevölkerungsschichten mit der Verbandskommission verhandelt. Ueber die Besprechungen, die nur vor den zusammenberufenen Versammlungsteilnehmern stattfanden, ist noch nichts bekannt geworden. Deutsche Teilnehmer werden von der Kommission ausdrücklich nicht zugelassen, weder die die Kommission begleitenden deutschen Offiziere noch Oberbürgermeister Mieke und der Abgeordnete der Nationalversammlung des Gleiwitzer Bezirks, Becker.

*

Diese Nachricht, die allerdings noch der Bestätigung bedarf, nach den gestrigen Mitteilungen der Pressestelle des Staatskommissariats für Oberschlesien nur allzu wahrscheinlich ist, übertrifft leider die schlimmsten Befürchtungen. Der englische Kommissar, Herr Wibbury, hat ausdrücklich objektive Prüfung alles Materials zugesagt. Als er in Gleiwitz bedauerte, daß die Polen zu den Besprechungen keine Vertreter gesandt hätten, durfte man glauben, er wolle damit sein Wort wahr machen, und dürfte sogar hoffen, daß den Polenvertretern die Unhaltbarkeit ihrer Behauptungen vor objektiven Zeugen nachgewiesen werden würden. Jetzt läßt man sich statt dessen die polnischen Schauermärchen auftischen und schließt die Deutschen, und zwar zuständige Persönlichkeiten, von den Besprechungen ausdrücklich aus. Damit stellt sich Herr Wibbury mit seiner Kommission in schroffsten Widerspruch zu seinen eigenen Zusicherungen. Die Hoffnung, daß das Schicksal Oberschlesiens sich so wendet, wie es nach den Tatsachen einzig und allein möglich ist, ist unter diesen Umständen bedenklich erschüttert.

*

Amerikanische Polizeitruppen für Oberschlesien?

Koblenz, 29. August. In Ausführung der Friedensbedingungen sind 5000 amerikanische Soldaten abgegangen, um sich über Koblenz nach Oberschlesien zu begeben. Ihre Ankunft im besetzten Gebiet wird in drei Wochen erwartet. Es ist das 5. und 50. Infanterie Regiment, die zum Polizeidienst in Oberschlesien bestimmt sind.

Freilassung der Mannschaften der „Breslau".

Die chilenische Regierung hat Berliner Blättern zufolge die internierten Mannschaften des deutschen Kriegsschiffes „Breslau" und des deutschen Seglers „Seeadler" in Freiheit gesetzt.

Unerhörte belgische Uebergriffe in Krefeld.

Berlin, 29. August. Vom Siegesfest der Belgier in Krefeld wird dem „Vorwärts" zuverlässig gemeldet:

Belgische Soldaten verlangten in einem Gasthause die Marseillaise gespielt. Da der Kapellmeister sich weigerte zwang man ihn mit vorgehaltenem Revolver. Als darauf sämtliche deutschen Gäste das Lokal verließen, warfen die Belgier mit Gläsern nach ihnen. Dies verhat sich der Koch am Büfett, deshalb schoß ein belgischer Soldat nach ihm, fehlte ihn, traf aber das Büfettfräulein tödlich. Fast gleichzeitig wurde ein junger Deutscher erschossen als er seine Schwester holen wollte, die mit einem belgischen Soldaten auf der Straße sprach. Es entstand ein kurzer Wortwechsel, dann zog der Belgier seine Waffe und schoß den jungen Deutschen über den Haufen.

Münchener und deutsche Sorgen.

München, 29. August. Der „Bayerische Kurier", das Parteiblatt der Klerikalen, schreibt in einem Leitartikel über die Lage: Wir stehen am Vorabend neuer großer Unruhen und neuen politischen Elends, wenn es nicht gelingt, die mit allen Mitteln arbeitende revolutionäre Bewegung im Keime zu ersticken.

„Beurlaubungen".

Berlin, 29. August. Der Stralsunder Mitarbeiter des „Vorwärts" teilte mit, daß der Landrat des Kreises Kreuzburg, v. Stumpfeld, durch den Minister des Innern am 28. August bis auf weiteres beurlaubt worden ist. Von diesem Urlaub werde er nie wieder zurückkehren. Der „Vorwärts" teilt mit, daß in den nächsten Tagen weitere „Beurlaubungen" erfolgen werden.

Das Kohlenproblem.

Berlin, 29. August. Zum Beschluß der Kommission, die in Essen sich mit der Hebung der Steinkohlenförderung befaßte, die Frage der Einführung der Sechsstundenschicht im Steinkohlenbergbau zum Gegenstand internationaler Verhandlungen zu machen, schreibt der Reichsschatzminister a. D. Gothein, M. d. R. im „B. T." u. a:

Der Beschluß der Essener Kommission ist dilatorisch. Man schiebt die Entscheidung hinaus in der Hoffnung, die Arbeiter werden selbst einsehen, daß die Sechsstundenschicht — jedenfalls in den nächsten Jahren — nicht durchführbar ist. Man hält damit aber Illusionen lebendig, die sich nicht verwirklichen lassen. Man könne den Bergarbeitern entgegenkommen, indem man mit ihnen nur fünf Arbeitstage in der Woche, an diesen aber die achtstündige Schicht, vereinbart. Auch das wäre in der Zeit einer derartigen Kohlenkrise kaum zu vereinbaren, würde aber doch gegenüber den augenblicklichen Verhältnissen eine, wenn auch recht mäßige Steigerung der Förderung bedeuten. Im übrigen spornt man die Arbeitslust durch gute Belieferung mit Fett und anderen Nahrungsmitteln, vor allem mit einem gesunden Gedingewesen an, bei dem der Fleißige reichlicher verdient und der Faule sich anstrengen muß.

Wirtschaftliche Folgen der Kohlennot.

Berlin, 30. August. In der „Bergarbeiter-Zeitung" weist der bekannte Bergarbeiterführer Hué die Bergarbeiter in einem Leitartikel darauf hin, welche wirtschaftlichen Folgen das Andauern der Kohlennot hätte. Die Zahl der Arbeitslosen würde auf Millionen anschwellen; das wäre der entsetzlichste Zusammenbruch, der nicht etwa nur das vernichte, was uns nicht gefällt, sondern auch alles das verschlingen würde, was uns erhaltungswert ist. Wir müßten und könnten aus dieser neuen Weltkrisis heraus.

In einer Sitzung der Kohlenwirtschaftsstelle in den Marken hat man gestern in Aussicht genommen, die Industrie Groß-Berlins grundsätzlich auf 70 v. H. einzuschränken. Falls aber die Entnahme von Elektrizität auf die Nachtstunden verlegt werden kann, könnte eine Stromentnahme in Höhe von 85 v. H. des bisherigen Bedarfs zugestanden werden.

Berlin, 30. August. Die Berliner Gewerkschaftskommission ist heute zusammengetreten, um zu der drohenden Betriebseinschränkung und Kohlenkrise Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaftskommission ist der Ansicht, daß die von den amtlichen Stellen veröffentlichten Warnungen den Tatsachen nicht entsprechen. Sie erblickt vielmehr in der angedrohten Arbeitseinschränkung in den Großbetrieben eine Sabotage der Unternehmer. Im Laufe der nächsten Woche will, wie der „Tag" meldet, die Gewerkschaftskommission eine Statistik über die in den Kohlenrevieren auf den Halden lagernden Mengen an Steinkohlen erbringen.

Auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung will sich die Unabhängigenfraktion in der kommenden Woche mit der Kohlenfrage befassen, um unter allen Umständen eine regelmäßige Belieferung der Fabriken und die Sicherstellung des Hausbrandes zu erzielen.

Die Rückführung der Gefangenen.

Berlin, 30. August. Der Beschluß des Obersten Rates der Verbündeten über Vordatierung der Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen findet in den Berliner Morgenblättern verschiedenartige Beurteilung.

Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt: Millionen, die diese Bedingungen lesen, werden an die Bergarbeiter denken, die streiken, oder an die Eisenbahnarbeiter, die soeben wieder neue Forderungen aufstellen, nachdem ihre letzten erst erfüllt worden sind. Sicher werden viele von ihnen, soweit sie sich nicht gänzlich gewissenlosen Agitatoren verschrieben haben, sich der Verantwortung ihren gefangenen Brüdern gegenüber bewußt sein und demgemäß nichts tun, was das nun so mühsam in Gang gebrachte Werk der Befreiung wieder aufhalten kann.

Aehnlich urteilt das „Berl. Tagebl.", indem es darauf hinweist, daß es in erster Linie an den deutschen Arbeitern liegen werde, ob sie ihren kriegsgefangenen Brüdern durch neue Streiks oder durch passive Resistenz eine neue Enttäuschung und neue Qualen bereiten, oder ob sie durch Bereitwilligkeit zu ernster, ununterbrochener Arbeit die unsäglichen Leiden der Gefangenen beenden wollen; sie hätten das Schicksal der Kriegsgefangenen so gut wie allein in ihrer Hand.

Der „Tag" kann keineswegs anerkennen, daß der Verband durch seinen Entschluß Ausbrüche des Dankes erworben hat. Wenn er sich selbst einer wohlwollenden Haltung rühmt, so müsse dem entschieden widersprochen werden, denn was er heute zu tun beginnt, hätte er nach Recht und Gerechtigkeit längst vollendet haben müssen. Wahrscheinlich, aber sehr spät besinnt er sich auf seine Menschlichkeit und schreitet zur Erfüllung seiner Pflichten.

Die „Post" begrüßt den Entschluß des Obersten Rates mit dem Gefühl einer tiefen Erleichterung und mit der würdigen Ruhe, die den Ernst der ganzen Frage angepaßt erscheint. Sie würde es aber als eine nationale Würdelosigkeit betrachten, wenn nun wieder gewisse Blätter vor Dankbarkeit ganz aus dem Häuschen gerieten, und nicht nur gewisse Blätter.

Die „Deutsche Ztg." meint, der jetzt erreichte Teilerfolg beweise, daß das gute Recht, das auf unserer Seite steht, eine Macht sei, der, wenn wir sie richtig ausnutzen, wie wir unserer gefangenen Brüdern gegenüber die Pflicht hätten, auch der Verband nicht trotzen könne.

Die „Voss. Ztg." wirft die Frage auf, wie es nun den 800000 Mann ergehen soll, die aus bitterer Gefangenschaft heimkehren. Wolle man auch sie eine Beute der Agitation des Hungers und der Erbitterung werden lassen. Mit Fahnen und grünen Kränzchen sei es es nicht getan. Der allgemeine Wirtschaftsaufbau müsse beginnen, daß sei der Willkommensgruß für die Heimkehrenden.

Die „Deutsche Tageszeitg." findet, es bedeute schon an sich kein Wohlwollen, sondern eine Grausamkeit und Brutalität, die Erlösung der Gefangenen von ihren Leiden überhaupt Bedingungen anzuknüpfen, die auf einem nicht von Natur damit verbundenen Gebiete liegen. Zugleich ergebe sich die Frage, ob damit nicht die Vordatierung ihren Wert überhaupt verliert, da doch erst die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nach Vollziehung selber verlangt werden können. Dies sei noch besonders bedenklich im Hinblick auf die unerhörte Schwere der Deutschland auferlegten Leistungen und scheine auch auf das Tempo der Heimbeförderung unserer Gefangenen viel weniger günstige Aussichten zu eröffnen, als der erste Teil der Note vermuten läßt.

Die „Tägl. Rundschau" schreibt: Wir werden durchaus nicht in der Lage sein, alle Verpflichtungen des Friedensvertrages zu erfüllen. So hätten wir uns darauf gefaßt zu machen, daß ein großer Teil unserer Kriegsgefangenen weiter im feindlichen Lande schmachten muß. Das beeinträchtigt die Freude darüber, daß die Vorbereitungen zum Rücktransport der unglücklichen Gefangenen endlich begonnen werden sollen, ganz außerordentlich.

Abtransport der ersten deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Berlin, 1. September. (Privattelegramm.) Der Berliner Lokalanzeiger meldet: Der erste Transport von 1000 deutschen Kriegsgefangenen hat vorgestern Frankreich verlassen.

Lokales.

?? Namslau, 1. September (Die Entente-Presselommission), bestehend aus Mister Dismond (Engländer) und Mister Marx (Amerikaner), traf in Begleitung der Herren Landrat Dr. Sayur und Regierungsassessor Bohne—Breslau am vergangenen Sonnabend, gegen 3 Uhr nachmittags, mittels Auto von Breslau bezw. Sibyllenort kommend, in hiesiger Stadt ein. Die Herren fuhren am Rathause vor, wo aus Anlaß ihres Eintreffens sich im Stadtverordnetensitzungssaale die Mitglieder der städtischen Körperschaften fast vollzählig versammelt hatten. Der Zweck ihrer Reise ist, sich von der deutschen Gesinnung der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes auch im hiesigen Kreise zu überzeugen. Herr Landrat Dr. Sayur stellte die Gäste den Herren Stadtvertretern vor, hierbei erwähnend, daß bezüglich der Abtretung von Kreisteilen an Polen die Stadt Namslau gar nicht in Betracht komme und allgemein die Hoffnung gehegt werde, daß

keinerlei Abtretung erfolgen werde. — Darauf hielt Herr Beigeordneter O. Tietze an die Herren Pressevertreter eine Ansprache, die etwa folgendermaßen lautete: Sehr geehrte Herren! Die Nachricht, daß Vertreter der amerikanischen und englischen Presse der hervorragendsten und einflußreichsten Zeitungen auch unserem Kreise einen Orientierungsbesuch zu machen gedenken, hat in uns lebhafte Genugtuung erweckt. Die Vertreter der städtischen Behörden, des Magistrats und der Stadtverordneten, sind hier erschienen, um Ihnen, sehr geehrte Herren, einen Willkommensgruß zu entbieten und Ihnen zu danken, daß Sie sich die Aufgabe gestellt haben, an Ort und Stelle sich ein Urteil zu bilden über die einschneidende und ernste Maßnahme der Abtretung deutschen Gebietes. Seit Veröffentlichung der Friedensbedingungen, aus denen wir zu unserer größten Bestürzung ersehen mußten, daß auch Teile unseres Kreises dem polnischen Reich einverleibt werden sollen, sind wir in eine geradezu lähmende Beunruhigung gekommen. Eine berechtigte Aufregung hat sich der städtischen Bevölkerung bemächtigt; denn die Folgen einer Zerreißung des Kreises bedeutet für unser kleines Gemeinwesen, das hauptsächlich auf die ländliche Bevölkerung angewiesen ist, eine wirtschaftliche Katastrophe. Ebenso wie ein Lebewesen, aus dem ein wichtiges Organ entfernt, zu Grunde geht oder in Siechtum verfällt, so würde es auch uns ergehen. Die Stadt Namslau kann nicht mehr existieren, wenn ihm die Lebensader abgeschnürt wird, was der Fall wäre, wenn Teile des Kreises an Polen fallen sollten. Der Kreis muß ganz bleiben, es dürfen keine Teile von ihm abgetrennt werden. Der Kreis ist urdeutsch, Abstimmungen haben es erwiesen, daß sich über 90 Prozent der Bewohner zum Deutschtum bekennen. — An der einmütigen Beflaggung der Häuser unserer Stadt werden Sie auch deutlich ersehen haben, daß wir uns rückhaltlos zum Deutschtum bekennen und wir unsere Fahnen wehen lassen für unser angestammtes geliebtes Vaterland. Wir haben deshalb zu Ihnen, sehr geehrte Herren, das unbedingte Vertrauen, daß Sie nach Prüfung aller Unterlagen und aus der Stimmung der Bevölkerung die feste Ueberzeugung gewinnen werden, daß unser Kreis deutsch bleiben muß und es ein Akt der größten Ungerechtigkeit wäre, wenn es anders käme. Wir bitten Sie, tragen Sie nicht nur unserem deutschen Empfinden Rechnung, sondern bedenken und berücksichtigen Sie auch die arme Bevölkerung des Kreises, die durch eine Teilung ihres Besitzes einen unberechenbaren Schaden haben würde. Die Sorgen um unser armes, zusammengebrochenes Vaterland erfüllt uns mit tiefem Weh und großem Schmerz, lindern sie diese durch ausgleichende Gerechtigkeit, berichten Sie durch Ihre geschätzten Zeitungen von den Verhältnissen, wie Sie dieselben durch eigene Anschauung vorgefunden haben und treten Sie für unsere gerechte Sache ein, Sie können unseres bleibenden Dankes versichert sein. — Daß die Worte des Herrn Tietze auf die Herren Pressevertreter nicht ohne Eindruck geblieben und sie sich der Richtigkeit der Ausführungen nicht verschließen konnten, zeigten ihre Mienen und ihr wiederholtes zustimmendes Kopfnicken, sowie die größte Aufmerksamkeit, mit der sie der Ansprache folgten. — Ehe die Kommission sich empfahl, um sich nach Reichthal zu begeben, teilte der Herr Landrat mit, daß die Herren am Freitag in Groß Wartenberg Zeugen einer imposanten Kundgebung des Deutschtums gewesen seien, wie sie sich heut von dem durchaus deutschen Charakter des hiesigen Kreises überzeugen würden. Die Herren hätten versichert, daß sie alles tun würden, was in ihren Kräften stehe, daß nach den Grundsätzen des Rechts und der Gerechtigkeit der hiesige Kreis ungeteilt bei Deutschland verbleibe.

△ (Keine Wiedereinführung der Reiseerlaubnisscheine.) Wie die Neisser Zeitung zuverlässig erfahren haben will, ist an eine Wiedereinführung der Reiseerlaubnisscheine bei der bevorstehenden noch größeren Einschränkung im Eisenbahnverkehr nicht zu denken. Die Eisenbahnverwaltung hat durch die bisherige Praxis erkannt, daß die Erlaubnisscheine diejenigen Reisenden außerordentlich belasten, die unbedingt reisen müssen, die Reisenden aber auch gelernt haben und noch lernen, sich die Erlaubnisscheine auf Umwegen zu verschaffen.

= (Unsitte.) In der gegenwärtigen Obstzeit nimmt man vielfach die höchst tadelswerte Unsitte wahr, daß Obst, bezw. Reste von Obst und Obstkerne unachtsam auf die Straße, insbesondere auf die Bürgersteige, geworfen werden. Eine solche Handlungsweise setzt nicht nur der Gefahr einer polizeilichen Bestrafung aus, sondern kann auch, falls durch das weggeworfene Obst pp. jemand zu Fall gekommen und eine Körperverletzung erlitten hat, eine gerichtliche Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung zur Folge haben. Die letztere Straftat ist mit einer Geldstrafe bis zu 900 Mark oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bedroht. Abgesehen davon sollte schon der Gedanke, daß durch seine Schuld jemand möglicherweise schwer verunglücken und lebenslänglich ein Krüppel bleiben kann, einen jeden davor abhalten, jemals wieder Obst usw. unachtsam wegzuwerfen. — In den letzten Tagen sind durch die gerügte Unsitte in Breslau einige bedauernswerte Unglücksfälle vorgekommen. Auf dem Ohlauufer glitt eine ältere Dame auf einem Obstreste aus und kam dabei so unglücklich zu Fall, daß sie sich einen Beinbruch und erhebliche Hautabschürfungen im Gesicht zuzog. Aus der gleichen Ursache stürzte ein Geschäftsangestellter in der Fürstenstraße und zog sich derartige Verletzungen zu, daß er von den Passanten in seine Wohnung gebracht werden und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

— **Förderung der Schafhaltung.** Die Landwirtschaftskammer gibt zur Begründung neuer Herden Unterstützungen und zwar zur Beschaffung von weiblichen Tieren bis 100 Mk. je Stück, im Höchstfall bis 2000 Mk. für den Einzelnen; Zuchtböcke werden unterstützt mit Beihilfen bis zu 450 Mk. Zur Anlage und Verbesserung von Weiden werden Beihilfen bis zu 500 Mk. gegeben. Schäferlehrlinge erhalten während der dreijährigen Lehrzeit eine Unterstützung von 200 Mk. Schafmeister für die Ausbildung eines Lehrlings ebenfalls bis zu 200 Mk. Die vorstehenden Beihilfen werden nur an bäuerliche Besitzer gewährt.

Zur Beratung in Schafzuchtfragen steht ein Schäferei-direktor und der Schafzuchtinstruktor der Landwirtschaftskammer zur Verfügung. Ein Merkbüchlein über Schafzucht sowie jede nähere Auskunft ist von der Hauptgeschäftsstelle der Landwirtschaftskammer Breslau 10, Matthiasplatz 6, zu erhalten.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Die hiesige Kreiskriegsgefangenenhelmkehr teilt folgendes mit:

In den Kreisen der Angehörigen der deutschen Kriegsgefangenen macht sich eine steigende Unruhe darüber bemerkbar, daß die Gefangenen noch immer nicht zurückkehren. Diese Unruhe wird von gewisser Seite noch verstärkt, indem man durchblicken läßt, daß die deutsche Regierung Schuld daran trage, daß unsere unglücklichen Landsleute sich noch immer in den Händen der Gegner befinden. Auffassungen dieser Art muß entschieden entgegengetreten werden, denn es bedarf keiner näheren Darlegung, daß die Gefangenen so rasch wie möglich der Heimat wiedergegeben werden müssen.

Zum besseren Verständnis der Verzögerung, die eingetreten ist, und an der die deutsche Regierung vollständig schuldlos ist, sei festgestellt:

Artikel 214 des von der deutschen Regierung unterschriebenen und ratifizierten Friedensvertrages besagt:

Die Heimschaffung der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten soll nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages sobald wie möglich stattfinden und mit der größten Beschleunigung durchgeführt werden.

Der Friedensvertrag tritt bestimmungsgemäß erst dann in Kraft, wenn er durch Deutschland einerseits und drei der alliierten und assoziierten Hauptmächte anderseits ratifiziert worden ist. Mit der Durchführung der einzelnen Bestimmungen über die Heimführung der Gefangenen kann sonach erst begonnen werden, nachdem der Gesamtvertrag Rechtskraft erhalten hat.

Zur Vorbereitung der Durchführung des Abtransportes der deutschen Kriegsgefangenen sind die alliierten und assoziierten Mächte in zwei besonderen Noten der deutschen Regierung vom 28. Juni und 21. Juli gebeten worden, die am 20. Mai von dem Präsidenten der Friedensdelegation bereits zugesagte Einsetzung der erforderlichen Kommissionen, wie es Artikel 215 vorsieht, zu veranlassen. Eine zusagende Antwort ist bisher noch nicht erfolgt, denn die Gegner stützen sich darauf, daß formell der Friede noch nicht in Kraft getreten ist.

Die deutsche Regierung hat sich unablässig bemüht, einen beschleunigten Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen herbeizuführen. Der deutsche Vertreter für die Hauptkommission befindet sich bereits seit geraumer Zeit in Versailles, so daß in dem Moment, in welchem die gegnerischen Mächte ihre Vertreter benennen, die Verhandlungen aufgenommen werden können. Eine Möglichkeit, das zu beschleunigen, hatte Deutschland nicht. Deshalb ist es unbedingt, der deutschen Regierung eine Schuld beizumessen. Es ist, wie ausdrücklich festgestellt werden soll, in der Tat kein Weg unversucht geblieben, um das Ziel: die Heimkehr der Kriegsgefangenen, für deren Empfang in der Heimat alles vorbereitet ist, so rasch wie möglich zu erreichen.

100 Mark Belohnung!

Am 30. August d. J. ist aus einem Militär-Personenkraftwagen auf der Fahrt von Reichthal—Namslau—Bernstadt—Oels—Bohrau in den dunklen Abendstunden in einem unbewachten Augenblick ein mittelgroßer Lederkoffer abhanden gekommen, in welchem sich ein Kino-Aufnahme-Apparat System Prestwich nebst 2 Kassetten und 2 Objektiven und Zubehör befand.

Der Apparat ist gezeichnet: Bufa (Bild- und Filmamt) und enthielt die Aufnahmen von der Protestkundgebung in Reichthal, Kr. Namslau, gegen die Einverleibung in Polen vor der Entente-Pressevertreter-Kommission.

Die Internationale Kinematographen Gesellschaft in Breslau, Schweidnitzerstr. 16/18 (Telefon Breslau Nr. 4655) hat auf die Wiederherbeischaffung des Koffers mit Inhalt eine Belohnung von Einhundert Mark ausgesetzt.

Was insbesondere die Kriegsgefangenen in Sibirien anbelangt, so muß ausdrücklich festgestellt werden, daß auch hier der Abtransport von der Entscheidung der alliierten Mächte abhängig ist.

Die Fürsorge für die Kriegsgefangenen wird bis zu ihrer Heimkehr in jeder nur erdenklichen Weise geschehen, selbstverständlich ohne Rücksicht auf die dadurch entstehenden Kosten. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen werden gut tun, die hier mitgeteilten Tatsachen zu berücksichtigen und Einflüsterungen kein Gehör zu schenken, die letzten Endes nur gemacht werden, um neuerdings die Möglichkeit zu schaffen, der Regierung und dem Volke Schwierigkeiten zu bereiten. Mit den Angehörigen sehnt auch die Regierung den Moment herbei, an welchem sie die Gefangenen wieder in der Heimat begrüßen kann.

Was die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete anbelangt, so hat die deutsche Regierung nie einen Zweifel darüber gelassen, daß sie auch nach der Richtung hin die im Friedensvertrag eingegangenen Verpflichtungen loyal erfüllen wird. Mehrere male ist versucht worden, dieserhalb mit Frankreich in direkte Verhandlungen einzutreten, leider ohne Erfolg. Bis jetzt ist deutschen Bauunternehmern noch nicht einmal gestattet worden, die Gebiete zu besichtigen, deren Wiederaufbau von uns vorgenommen werden soll. Am Mittwoch ist eine Kommission nach Versailles abgereist, um die Vorfragen zu dem Wiederaufbau mit französischen Bevollmächtigten zu erörtern. Ehe daran gegangen werden kann, deutsche Arbeiter aufzurufen, sich zur Arbeit in den zerstörten Gebieten zu melden, ist es unbedingt erforderlich, daß zunächst einmal die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Sicherung der persönlichen Freiheit, des ungehinderten Verkehrs mit der Heimat festgelegt werden.

Mit der Auslieferung der Gefangenen steht nach dem Friedensvertrag der Wiederaufbau in keiner Verbindung, so daß nicht davon die Rede sein kann, daß etwa vielleicht Arbeiter zum Austausch gegen Gefangene angeboten werden können. Ein solches Angebot ist von deutscher Seite nicht gemacht worden und konnte und durfte auch gar nicht gemacht werden.

Die deutsche Regierung hat es an Bemühungen für Regelung des Wiederaufbaues nicht fehlen lassen. Es steht zu hoffen, daß in den nächsten Tagen Vorschläge zustande kommen, welche die alsbaldige Aufnahme der Aufbauarbeiten ermöglichen.

[Eingesandt.]

Das Flugblatt „Die Lebensmittelpreise" ist von dem Staatskommissar Herrn Hörsing beschlagnahmt worden. Als Grund der Beschlagnahme gibt man verhetzende Tendenzen, die das Blatt verfolgt und die reaktionäre Gesinnung des Schlesischen Landbundes an.

Wer das Blatt gelesen hat, der staunt, was der Herr Hörsing alles herausließ. Alles, was eben heut nicht sozialdemokratisch ist, ist reaktionär. — Der Schlesische Landbund vertritt die sozialen Interessen der Landwirtschaft, nicht die politischen. Er will für die Landwirtschaft nur eine ihrer Bedeutung im Staate angemessenen Stellung ekämpfen. Das kann er nur, wenn er den Abbau der Zwangswirtschaft fordert. Die Produkte, die in den Handel kommen, sind durch Zwischenhändler, Schieber und Gesellschaften oft um viele 100 Prozent teurer geworden. Den geringsten Verdienst dabei hatte der Landwirt. Wer sich darüber orientieren will, wieviel diese Art von Gesellschaften verdient, der sehe nur in die Dividendenlisten. Mit dem Schreiben eines Frachtbriefes werden nicht selten Tausende verdient und wieviel verdient der Landwirt? Also fort mit diesen Schmarotzern unseres Wirtschaftslebens!

In Nr. 119 dieses Blattes glaubt ein Herr zur Beschlagnahme dieses Flugblattes Stellung nehmen zu müssen. Zur Aufklärung sei folgendes bemerkt: Der Artikel ist nicht von dem Einsender verfaßt, sondern aus der „Volkswacht" abgeschrieben. Ueber den Artikel selbst läßt sich eigentlich kein Wort verlieren. Er stammt, soviel ich weiß, von Herrn Hörsing und soll gewissermaßen eine Rechtfertigung für die Beschlagnahme sein. Herr Hörsing versteht vielleicht soviel von Landwirtschaft, wie die Einsender von Börsenspekulation. In dem Artikel führt Herr H. aus, daß die Landwirte manchmal mehr als die auf dem Plakat angegebenen Preise erhalten, z. B. bei Frühkartoffeln. Auf dem Plakat ist ja gar kein Preis für Frühkartoffeln angegeben, sondern nur einer für Kartoffeln und der beträgt tatsächlich nur 6 Mark. Weiter wird ausgeführt, daß die Mehrzahl der Stadtbevölkerung nicht weiß, daß ein Rind beim Schlachten verliert. Die Leute werden eben einmal als Dummköpfe hingestellt, weil man eben Gründe für die Beschlagnahme sucht. Der Beweis, daß der Zwischenhandel die Waren nicht über die Maßen verteuert, wird nicht erbracht, weil er eben nicht erbracht werden kann und das ist ja gerade der Angelpunkt.

Das ganze Schreiben des Herrn Hörsing verrät den ehemaligen Parteisekretär, der mit allen Mitteln niederkämpfen muß, was sich nicht offen zu seiner Partei stellt. Es zeigt aber nicht den preußischen Beamten, der allen Ständen ohne Rücksicht auf politische Zugehörigkeit gerecht wird. Wir wünschen dem Herrn Hörsing, daß er in Zukunft mehr Objektivität bewahrt und nicht die Landwirtschaft als politische Partei, sondern als Interessengemeinschaft ohne politische Ziele betrachtet.

Allen Einsendern aber, die uns Landwirten etwas über Landwirtschaft erzählen wollen, rufen wir zu:

„Schuster bleib bei deinen Leisten!"

Die Ortsgruppe des Wirtschaftsverbandes Steinersdorf.

[Zum Eingesandt aus Obischau in Nr. 101.]

In dem Eingesandt, das über eine Deutschnationale Volkspartei Versammlung berichtet, wird mitgeteilt: „Schließlich wurde die Empörung der Versammlung so groß, daß es nur der umsichtigen Leitung und der Besonnenheit der anwesenden Landwirte zu verdanken ist, daß diese (sozialdemokratischen) Agitatoren nicht an die frische Luft gesetzt wurden." — Man fragt sich: welche Empörung wurde so groß? — Doch nur die ob der eigenen Unfähigkeit, mit der überzeugenden Waffe des Wortes in dem Redekampf der Versammlung zu siegen. In der Partei der Säbelrasseler und Kriegsverlängerer freilich kann solches Gebahren nicht wundernehmen. Es kennzeichnet sie.

Mit welcher Genugtuung erzählt der Bericht: „Auch ein Spartakist war dabei!" Der Namslauer Mehrheitssozialist weiß, wo das hinaus soll. Aber der Schreiber dieser Zeilen kann zur Beruhigung der durch diese Schreckensnachricht von dem einen Spartakisten in Obischau etwa in Aufregung versetzten Gemüter mitteilen, daß z. B. in der Vereinigung sozialistischer Lehrer, zu der auch solche von der äußersten Linken gehören, ein Ton wie der von der Deutschnationalen Volkspartei angeschlagene garnicht möglich ist, und daß der Spartakismus von links jedenfalls sympathischer ist als der Spartakismus von rechts.

[Zum Eingesandt Obischau!]

Eine üblere Verdrehung der Tatsachen wie sie obiger Artikel brachte, kann natürlich nur von Deutschnationaler Seite oder einem bei der Versammlung nicht zugegen gewesenen Zuhörer kommen. Zur Richtigstellung sei bemerkt, daß außer einigen Parteigenossen zum Gegensatz der Deutschnationalen kein einziger Agitator anwesend war. Wenn der Deutschnationale Versammlungsleiter vor heiliger Angst die Diskussionsredezeit nicht von vornherein auf 5 Minuten festgesetzt hätte, so wäre, wie die Mehrheit der Anwesenden bezeugen würde, genau wie in Minkowsky aus der Deutschnationalen Versammlung eine sozialdemokratische geworden. Trotzdem gerade letzterer Umstand mit der Redezeit für die Deutschnationale Volkspartei nicht bezeichnend ist, so steht doch fest, daß auch die Obischauer und Jauchendorfer Arbeiterschaft schon weiß, wer ihre wahren Freunde und Interessenvertreter sind und sich von den Deutschnationalen nicht mehr einfangen läßt. Schließlich ist bei dem Schlußsatz des Eingesandts das ganze Gegenteil richtig.

Provinzielles.

Breslau. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß einem Dringlichkeitsantrage des Magistrats gemäß behandeln, zur Herstellung von Notwohnungen der verschiedensten Art eine weitere Million bereitzustellen. Zu diesem Zwecke sind bereits früher 2 067 000 Mark bewilligt worden. Zur Zeit sind noch 7674 Familien auf der Suche nach einer Wohnung.

Karlowitz. Die Gemeindevertretung beschloß einstimmig die Errichtung einer Kleinhaussiedlung von etwa 60 Einfamilienhäusern mit drei bezw. vier Zimmern nebst Zubehör und Garten.

Neumarkt. Die Stadtverordneten beschlossen den Bau der Verbindungsbahn Stadt—Bahnhof Neumarkt.

Ohlau. Die Masch.-Gew.-Abtl. 201 (Freikorps Paulssen) ist am 26. v. M. nach vorübergehender Verwendung in Oberschlesien in die leerstehenden Kasernen hiesiger Stadt verlegt worden.

Hirschberg. Das aktive Jägerbataillon Nr. 5 hielt unter klingendem Spiel seinen Einzug in die hiesige Stadt. Es ist in die Reichswehr übernommen worden und soll seinen Standort in Hirschberg behalten.

Haynau. In Pohlsdorf stürzte die 60 Jahre alte Ehefrau eines Obsthändlers vom Erntewagen und brach das Genick.

Glogau. Auf Antrag des Magistrats bewilligten die Stadtverordneten 120000 Mark für den Wohnungsbau.

Gleiwitz. Beim Baden in einem auf dem Felde gelegenen Teich ist der 19 Jahre alte Arbeiter Bladeuc aus Kostlow ertrunken.

Schoppinitz. Unter Führung eines hiesigen Einwohners drangen nachts fünf schwer bewaffnete Banditen in die Wohnung eines höheren Beamten und forderten von ihm, indem sie ihn mit sofortigem Erschießen im Falle der Weigerung bedrohten, die Herausgabe sämtlichen Geldes. Nachdem dies geschehen war, zogen die Räuber von dannen.

W. T.-B. Mittelsteine, 31. August. Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich heut nachmittag gegen 5 Uhr bei der Einfahrt des Zuges der Eulengebirgsbahn von Wüstebiltzburg. Die beiden Wagen hinter der Lokomotive sprangen aus bisher unaufgeklärter Ursache in das Nebengleis. Einer der beiden Wagen fiel um. Es gab 2 Tote, 4 Schwerverletzte und 10 Leichtverletzte. Ein auf dem Bahnhof anwesender Arzt aus Mittelsteine leistete die erste Hilfe. Nach Eintreffen des Rettungszuges aus Glatz wurde das Gleis wieder frei gemacht. Von den Schwerverletzten starben zwei auf dem Transport nach dem Krankenstift Scheibe.

Dragoner-Regt. Nr. 8

beritten,

übernommen in die Reichswehr,

stellt noch Freiwillige unter den bekannten Bedingungen ein. Unterordnung unter die militärischen Gesetze ist Vorbedingung.

Ganz besonders werden noch gebraucht:

Kavalleristen und solche Leute, die Lust und Liebe zu Pferden haben, außerdem M.G.-Mannschaften, Sattler, Schmiede und 2 Kraftfahrer.

Meldung evtl. schriftlich bei der Abwicklungsstelle des Regiments in Oels, Dragoner-Kaserne und in Schmolz an der Bahn Breslau - Königszelt.

Entlassungsscheine und polizeiliche Führungszeugnisse sind mitzubringen.

von Roeder,
Major und Regimentskommandeur.

Deutscher Offizier-Bund.

Die in und um Namslau wohnenden Mitglieder der Ortsgruppe Brieg des Deutschen Offizier-Bundes sind mit dem heutigen Tage von Brieg abgezweigt und zu einer selbständigen **„Ortsgruppe Namslau"** zusammengeschlossen worden.

Die Geschäftsführung der neuen Ortsgruppe hat bis zur endgültigen Wahl Herr Hauptmann Rumland, Namslau, Forsthof, übernommen. Mitglieder des D. O. B. und auch Offiziere aller Gattungen und deren Angehörige aus dem Namslau-Bezirk, die noch nicht Mitglieder sind, werden gebeten, sich in D. O.-B.-Angelegenheiten an Herrn Hauptmann Rumland zu wenden.

Deutscher Offizier-Bund.
Ortsgruppe Brieg.

Für die Beweise der Teilnahme beim Heimgang unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter sagen allen herzlichsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen
Clara u. Mathilde Spätlich.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung unserer geliebten Tochter

Elfriede

sagen wir auf diesem Wege allen herzlichsten Dank. Ganz besonderen Dank Herrn Pastor Melz für seine trostreichen Worte am Grabe.

Namslau, den 31. August 1919.

Familie Carl Nowak.

Zurückgekehrt
Sanitätsrat Dr. Cohn.

Die Lose 3. Klasse

sind bis zum **5. September, abends 6 Uhr,** einzulösen.

Tietze, Preuß. Lotterie-Einnahme.

Einem geehrten Publikum von Stadt und Kreis Namslau die ergebene Mitteilung, daß ich den

Brauerei-Ausschank

der Firma **A. Haselbach**

übernommen habe.

Eröffnung: Sonntag, den 31. 8. 1919.

Um gütigen Zuspruch bittet

Hochachtend

Johann Müller.

Ich beginne einen

Unterrichts-Kursus in Stenographie

(Stolze-Schrey) und nehme Meldungen bis **Sonntag, den 7. d. Mts.,** an.

Der stenographische Fortbildungskursus für Schreibkundige beginnt den **4. d. Mts., 9—10 Uhr abends,** im Vereinslokal (Lorenz' Brauerei).

Lehrer Ludwig.

Infolge der Gassperre werden von jetzt ab meine Geschäftsräume um **6 Uhr nachmittags** geschlossen.

Die Kasse ist geöffnet:

von 8—1 Uhr
und „ ½3—5 „

S. Bielschowsky,

Bank- u. Kohlengeschäft.

Proviantamt Namslau

kauft

Heu.

Angebote im Geschäftszimmer (Brauerei Spätlich.)

Achtung! Einmaliges Angebot!

Säcke

kein Papier
für Mehl, Getreide, Kartoffeln u. s. w.

1. neue, reine Jute-Säcke, 60×110—1½ Ctr.	=	Stck.	7.25 M.
2. neue, grobe, ungereinigte Leinwandsäcke	=	„	8.— „
3. angesetzte, neue Leinwandsäcke	=	„	5.90 „
4. gebrauchte Zuckersäcke	=	„	6.80 „
5. gebrauchte Leinwand-Mehlsäcke	=	„	6.80 „

gibt ab, solange Vorrat:

W. Grätz, Breslau 9,
Scheitnigerstr. 12.

Nachnahme oder Voreinsendung. Evtl. Verp. Selbstkostenpr. Große Abnahme Sonderofferte. **Mustersendungen von 5 Säcken ab.**

Zur Saat empfehle zu **Original-Fabrikpreisen**

Corbin
Uspulun, frisch
Formaldehyd
Kupfervitriol.

Oscar Tietze,

Germania-Drogerie.

Ich kaufe wieder

Heu

und bitte um Angebote.

M. Gottheiner, Namslau.

Taschenatlas

der eßbaren und schädlichen

Pilze.

Preis 1 Mark.

Zu haben in der

Opitz'schen Buchhandlung.

Mein Fernruf ist:

Bernstadt Nr. 114.

Schultze, Stabsveterinär
Bernstadt, Bahnhofstr. 5.

Hafer

kauft zu hohen Preisen

Arthur Heydemann,
Getreide- u. Saatengeschäft.

Strauß-Operetten-Theater!

Reichthal, Hotel Deutscher Kaiser

Direktion Hans Homann-Baumgarten,
Inhaber des preußisch. Kunstscheines.
Hochkünstlerisches Unternehmen. Eigene Dekoration.
Erstaufführungsrecht für Reichthal! Schlager!

Donnerstag, den 4. September, abends 8 Uhr

gelangt ein einmal. Operetten-Gastspiel zur Aufführung. Die mit größtem Erfolge gegebene Operettenposse

Fürstenliebe

in 3 Akten von Hans Namoh.
Musik von M. Kronheim.

Tänze sind vom Balletmeister E. Misch Gentes einstudiert

Stimmen der Presse. Goldberg: „Es war ein hochkünstlerischer Abend". Lage: „Der Gesellschaft unsere Hochachtung". Neustreliz: „Ein erstes Unternehmen ist das Strauß-Theater".

Nachmittags 4 Uhr: Jugend-Vorstellung.

Goldelschen u. der Zauberprinz.

Preise im Vorverkauf Papierhandlung Opitz in Reichthal und Theaterlokal: Sperrsitz Mark 2.50, 1. Platz 1.75, 2. Platz 1,25, Stehplatz 1,—, abends Aufschlag. Für die Nachmittags-Vorstellung an der Kasse: 1. Platz Mark 1,—, 2. Platz — 50.

Die Direktion.

Erste Künstler!

Hervorragendes Spiel! — Nicht versäumen!

Wir suchen zum Vertrieb unserer **Tabak-Ersatz-Waren** einen **kapitalkräftigen Herrn** als

Bezirks-Vertreter.

Die Stellung ist von hohem Nutzen. Zugkräftige Reklame wird zugesichert.

Bewerber, die sich eine gute Existenz schaffen wollen, mit der Landkundschaft, insonderheit Fühlung mit Produkten — und Kolonialwarengeschäften haben und in der Lage sind, Tabakersatzwaren in feste Rechnung zu übernehmen, werden gebeten, Offerten abzugeben unter **D. S. 581** Annoncen-Expedition **Rudolf Mosse, Dresden—A.**

Verreist

bis 1. 10 1919.

P. Lachmund,
Dentist.

Heirat od. pass. Einheirat für Damen u. Herren sof. Näh. geg. 1. M. **B. Grünwald, Görlitz,** Gobinstr. 13.

Hausgrundstück,

möglichst mit Garten, Nähe Bahn, in deutschbleibend. Gegend zu kaufen gesucht. Offerten u. **M. 50** an die Exp. d. Bl.

6-10 Morgen Wiese

zu verpachten.

Carl Pietzonka,
Gasthausbesitzer.

Feinste
holländ. Margarine
markenfrei
fetter amerikan. Speck
markenfrei
Marmelade, markenfrei
empfiehlt
Robert Bagusche.

Kanarien

zu verkaufen. **Braugasse 7,**
Böhme

Gebrauchte Stühle, Bettstellen mit Matratzen, Sofa, Schränke u. Spiegel
zu haben bei
Ernst Gebel.

Verloren ein silbernes Armband auf dem Wege nach Lankau. Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung in der Exp. d. Bl. abzugeben.

Suche ab 1. Oktober

Stellung

als Schweizer, wo Frau mit arbeitet. Angebote erbitte an Schweizer **Anton Durra,**
Skorischau, Kr. Namslau.

Schuhmachergeselle

findet dauernde Beschäftigung.
K. Robotta.

Möbl. Zimmer,

ohne Pension, bald oder später gesucht. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.